

Reclaim Democracy: Linker Aufbruch

DER KONGRESS «RECLAIM DEMOCRACY» WILL IN EINEM BREITEN LINKEN RAHMEN DISKUTIEREN, WIE DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE GEGEN DIE ÖKONOMISIERUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT UND GEGEN RASSISMUS STARKGEMACHT WERDEN KÖNNEN.

«Die Welt ist für das Bürgertum nur noch «nützlich», profiterträglich, sonst ist sie leer und sinnlos geworden», schrieb der unabhängige deutsche Marxist Leo Kofler im Jahr 1956: Der liberale Optimismus habe sich erschöpft und einem ziellosen Nihilismus Platz gemacht. Im Siegeszug des Neoliberalismus erleben wir, wie Koflers Diagnose immer mehr in Erfüllung geht. Doch nicht nur die bürgerlichen, auch viele massgebende linke Kräfte haben im neoliberalen Taumel der 1990er-Jahre ihren Kompass verloren. Der Zerfall der stalinistisch geprägten «Realsozialismen» ging einher mit linken Anpassungsprozessen an die neoliberale Agenda. Auf der Strecke blieben der Wille zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und der Optimismus der Emanzipation. Dieser emanzipatorische Optimismus ist jedoch das «Salz der Erde». Fehlt es, dann wird linke (Alltags-) Politik zu einem zähen, uninspirierten Geschäft und läuft Gefahr, zur Vollzugsgehilfin herrschender Interessen zu werden. Seit den globalisierungskritischen Bewegungen der Jahrtausendwende und vermehrt seit der Finanzkrise 2007/8 gewinnt auf linker Seite jedoch der Wille wieder an Boden, aufs gesellschaftliche Ganze zu zielen.

Mit mehr Demokratie gegen reaktionäre «Visionen»

In diesen Kontext reiht sich der Kongress «Reclaim Democracy» ein, der vom 2. bis 4. Februar 2017 an der Universität Basel stattfindet. Der Kongress wird organisiert vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie der Uni Basel und 22 Instituten, Bewegungen, NGOs, Thinktanks, Gewerkschaften und Zeitschriften. In diesem breiten linken Rahmen soll an vier Plenarveranstaltungen und in über vierzig Ateliers diskutiert werden, wie Demokratie und Menschenrechte gegen die Ökonomisierung von Politik und Gesellschaft und gegen Rassis-

mus starkgemacht werden können. Dabei soll der emanzipatorische Optimismus mit der Forderung einer umfassenden Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse verbunden werden.

Das ist umso drängender, als die nationalistische Rechte das durch den neoliberalen Nihilismus entstandene Vakuum mit reaktionären «Visionen» füllen will und – der Aufstieg der neuen Rechten in ganz Europa macht es deutlich – beunruhigende Erfolge erzielt. Dabei versucht sie unter anderem auch, den Demokratiebegriff kulturalistisch respektive völkisch aufzuladen und ins Autoritäre zu wenden. Demokratie bedeutet dann plötzlich Ausschluss statt Inklusion, Leitkultur statt Vielfalt, Führerkult statt Partizipation und Emanzipation.

Auch die USR-III-Abstimmung ist demokratiepolitisch relevant

Demgegenüber will der Kongress mit dem erforderlichen Nachdruck deutlich machen, dass Demokratie und Menschenrechte untrennbar verbunden sind, völkische «Demokratie»konzepte hingegen zu autoritären Regimes führen, zu Hass, Hetze und letztlich zu Kriegstreiberei. Demokratie kann nur als Emanzipation, als ständiges Bemühen um Befreiung gelingen. Sie ist internationalistisch und solidarisch zu denken. Und sie kann sich nur festigen, wenn sie alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst, auch die Wirtschaft. Demokratie heisst aber auch Auseinandersetzung: Am Kongress wird es auch um kontroverse Themen gehen, um die Forderung nach globaler Niederlassungsfreiheit und ihrer Bedeutung in der Alltagspolitik etwa.

Reclaim Democracy ist der Vorschlag, Demokratie – oder besser: die Ausweitung der Demokratie – zum Anker eines hegemoniefähigen linken Gesellschaftsprojektes zu machen. Wir wollen in einem breiten linken Spektrum diskutieren, inwiefern sich die Vision einer

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär von Denknetz, Pascal Zwicky, Projektleiter Themenmanagement bei der SP Schweiz, Mitglied der Denknetz-Kerngruppe.

starken, substanziellen Demokratie eignet, die emanzipatorische Überwindung der Begrenzungen der «realexistierenden Demokratie» glaubhaft zu machen. Das sind keine abgehobenen Wolkenkuckucks-Diskussionen. Im Gegenteil: CVP-Präsident Gerhard Pfister spielt aktuell mit dem Feuer des Religionskriegs und versucht den demokratischen Rechtsstaat in der Schweiz zu christianisieren. Von unmittelbarer demokratiepolitischer Relevanz ist der Einsatz der SP für die erleichterte Einbürgerung von «Ausländerinnen und Ausländern» der dritten Generation (siehe Seite 6). Der Kampf für die Regulierung der Finanzmärkte wird überzeugender und kraftvoller, wenn er auch als wichtige demokratiepolitische Auseinandersetzung verstanden wird. Wer soll die Macht haben: Die Banken und Finanzinstitute oder die Bevölkerung? Oder etwa die kommende Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III: Auch sie ist demokratiepolitisch relevant. Wenn der Allgemeinheit immer mehr Steuermittel entzogen werden, dann untergräbt das unentbehrliche öffentliche Aufgaben und damit die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens.

Wir hoffen, dass der Kongress wichtige aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen abbildet und von ihm gleichzeitig neue Impulse ausgehen werden. Damit dies erreicht werden kann, damit Reclaim Democracy als politische Spurlegung auch gehört wird und Wirkung entfaltet, braucht es eine breite Beteiligung.

**Kongress «Reclaim Democracy»:
2. bis 4. Februar 2017,
Uni Basel
Mehr Informationen
auf dem Flyer in der
Heftmitte und unter
www.reclaim-democracy.org**

